



Alarm für unsere wehrhafte Demokratie

© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Bei einem Besuch im Nordosten des Landes traf ich auf einen jungen Kandidaten einer sympathischen Volkspartei, der mir vom gerade laufenden Landtags-Wahlkampf berichtete. Nichts eigentlich Politisches. Zu seinem Büro musste mehrfach der Glaser kommen – wegen eingeschlagener Scheiben. Es gab Stinkbomben-Attacken, auch auf sein privates Auto. Er bekam regelmäßig Hass-Mails und wurde im Internet angepöbelt. „Wie hältst du das aus?“, fragte ich ihn. Seine optimistische Antwort: „Weil die meisten hier nicht so sind.“ Er behielt recht. Eine Mehrheit des Wahlkreises wählte ihn direkt ins Parlament.

Alles gut? Überhaupt nicht. Wenn Hass den politischen Raum vergiftet, wenn Demokraten bedroht und eingeschüchert werden, gerät unsere Demokratie selbst in Gefahr. Bundestagspräsident Lammert hat öffentlich zur Mäßigung aufgerufen: „Wer das Abendland gegen tatsächliche und vermeintliche Bedrohungen verteidigen will, muss seinerseits in dieser Auseinandersetzung den Mindestansprüchen der westlichen Zivilisation genügen: Respekt und Toleranz üben und die Freiheit der Meinung, der Rede, der Religion wahren und den Rechtsstaat achten.“ Und Bundeskanzlerin Merkel mahnt: „Politiker, die wie wir Verantwortung tragen, sollten sich [...] in ihrer Sprache mäßigen. [...] Wenn auch wir anfangen, in unserer Sprache zu eskalieren, gewinnen nur die, die es immer noch einfacher [...] ausdrücken können. Wenn wir anfangen, dabei mitzumachen, dass Fakten beiseite gewischt oder ignoriert werden können, dann sind verantwortbare und konstruktive Antworten in der Sache nicht mehr möglich.“

Gerade wir Deutschen müssen aus guten historischen Gründen wehrhaft sein gegen Terror von außen genauso wie gegen antidemokratische Strömungen, die es in unserer Gesellschaft gibt. Dass solche Tendenzen auch in Amerika und Frankreich, in Polen und Ungarn zu beobachten sind, kann uns nicht beruhigen, sondern verschärft natürlich die Lage.

Wir dürfen uns nicht auf dem Erreichten ausruhen, denn die Ordnung unseres Grundgesetzes ist nicht vom Himmel gefallen, sie wurde erkämpft, sie kann verloren gehen. Demokratie vererbt sich nicht, sie muss von jeder neuen Generation

neu gelernt werden. Und manche haben sie nie begreifen und annehmen wollen.

Wer glaubt, er allein und persönlich sei „das Volk“, hat Pluralismus nicht verstanden. In der Wirklichkeit unseres Volkes gibt es nicht einen, sondern viele einzigartige Menschen mit unterschiedlichen Interessen und Wünschen, Erfahrungen und Meinungen, Junge und Alte, Männer und Frauen, Alteingesessene und Zugezogene. Sie können sich organisieren, sich streiten, Mehrheiten bilden, Kompromisse schließen. Das ist Demokratie. Wer von seinen persönlichen Ansichten behauptet, sie allein seien „Volkes Wille“ und deshalb müssten sie mit aller Gewalt durchgesetzt werden, greift das Demokratieprinzip an.

Es gibt eine ganz plakative Karikatur, die diese Anmaßung nach Artikel 20, 2 GG – „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ – veranschaulicht. Da korrigiert ein Scherzbold namens Volker den Verfassungsgrundsatz zu „Alle Staatsgewalt geht von Volker aus“. Ein bisschen stimmt das ja, aber selbst alle Volker dieser Welt sind eben nicht das Ganze, sondern nur ein Teil des Ganzen. Und wie die sehr unterschiedlichen Teile verträglich zusammenwirken, regeln Recht und Gesetz.

Diese Regeln immer wieder anzupassen, zu verändern und zu verbessern, ist ganz allgemein betrachtet der Gegenstand dessen, was die unterschiedlichen gewählten Repräsentanten des Volkes im Parlament tun. Nicht für die Ewigkeit, nicht mit dem Anspruch auf absolute Wahrheit oder Heil. Die Abgeordneten repräsentieren politische Mehrheiten und Minderheiten durch Wahl auf Zeit.

Eine Mehrheit unserer Mitbürger glaubt übrigens, wenn man sie befragt, dass das alles in allem ganz gut funktioniert. Und mit Blick auf unsere Geschichte und mit Blick auf andere Länder, mit denen wir uns vergleichen können, stimmt das auch, meine ich.

Aber der Hass braucht Antworten – aus der Mitte unserer wehrhaften Demokratie.

Dr. Hans-Peter Bartels

Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages